

II-463 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

BUNDESMINISTERIUM

des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

FÜR

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

WIEN. am 15. Jänner 1992

DVR: 0000060

Zl. 502.23.01/1-GSK/92

Kommunistische Umtriebe im  
"Dokumentationsarchiv des  
Österreichischen Widerstands"

2016 IAB  
1992 -01- 24  
zu 2026 13

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Gugerbauer und Genossen haben am 26. November 1991 unter der Zl. 2026/J-NR/91 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend kommunistische Umtriebe im "Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands" gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1) Sind Sie über die Ziele und Aufgaben des "DÖW", über dessen Funktionäre sowie über die politische Arbeit dieses Vereins unterrichtet, und welche Position nehmen Sie dazu ein?
- 2) Ist Ihnen bekannt, dass sich namhafte Vertreter der Österreichischen Widerstandsbewegung aus dem "DÖW" zurückgezogen haben oder eine Mitarbeit von vornherein abgelehnt haben, weil sie mit gewissen "volksdemokratischen" Tendenzen im "Dokumentationsarchiv" nicht in Verbindung gebracht werden wollten?
- 3) In welcher Höhe wurde das "DÖW" einschliesslich dessen gleichnamige Stiftung seit dem Jahre 1963 von Ihrem Ressort subventioniert?

- 2 -

- 4) Wurden diese öffentlichen Mittel jeweils projektgebunden vergeben oder handelte es sich hierbei um sogenannte "Arbeitssubventionen" ohne Bezugnahme auf ein laufendes Projekt?
- 5) Empfinden Sie es als Manko, dass die Republik Österreich hinsichtlich der archivarischen Sammlung und Aufarbeitung der geschichtlichen Ereignisse der Jahre 1938 bis 1945 über kein staatliches Archiv verfügt, so dass öffentliche Institutionen genauso wie private Interessenten auf die archivarische Tätigkeit eines Vereins angewiesen sind?
- 6) Was spricht Ihrer Meinung nach dafür oder dagegen, eine Abteilung des Österreichischen Staatsarchivs mit der Bezeichnung "Archiv der Okkupation 1938 bis 1945" zu schaffen?
- 7) Halten Sie es für eine Folge der jahrzehntelang vom offiziellen Österreich betriebenen Politik der Verdrängung der NS-Zeit, wenn sich das Österreichische Staatsarchiv auf keinen klar formulierten gesetzlichen Auftrag stützen kann, auch die Dokumente jener Zeit zu archivieren, in der die Republik Österreich als Rechtssubjekt zwar untergegangen, immerhin aber doch als Verwaltungssprengel des "Grossdeutschen Reiches" fungiert hat?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

ad 1) Ja, ich bin über Ziele und Aufgaben des "DÖW" und die Arbeit dieses Vereins unterrichtet und halte es für eine wichtige Aufgabe des "DÖW", dass die historischen Vorgänge der Jahre 1938 bis 1945 möglichst objektiv aufgearbeitet werden.

./3

- 3 -

ad 2) Es ist mir bekannt, dass Vertreter der Österreichischen Widerstandsbewegung eine Mitarbeit im "DÖW" abgelehnt haben, jedoch ist mir nicht bekannt, dass sich Mitglieder des Kuratoriums aus dem "DÖW" zurückgezogen haben.

ad 3) und 4) Das "DÖW" wurde vom seinerzeitigen Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Jankowitsch, im November 1986 beauftragt, eine Ausstellung über den "Österreichischen Widerstand in den Jahren 1938 bis 1945" zu erstellen. Hiefür erhielt das "DÖW" in den Jahren 1986 - 1988 insgesamt einen Betrag von ÖS 507.582,-, d.h., die Vergabe war projektbezogen. Ansonsten erhielt das "DÖW" seitens des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten keine Subventionen.

ad 5) Ja, ich empfinde es als Manko, daß die Republik Österreich hinsichtlich der Jahre 1938 bis 1945 über kein staatliches Archiv verfügt. Ich hielte es für zweckmäßig, wenn sich das Staatsarchiv auch mit dieser Zeitperiode befassen würde, weil das Engagement von Menschen, die mit grossem persönlichen Risiko für die Demokratie eintreten und gegen Diktaturen Widerstand leisten, hochgeschätzt werden muss.

ad 6) Gegen die Bezeichnung einer Abteilung des Österreichischen Staatsarchivs mit "Archiv der Okkupation 1938 bis 1945" spricht meines Erachtens nichts.

ad 7) Das offizielle Österreich hat keine Politik der Verdrängung der NS-Zeit betrieben. Ich erinnere nur daran, daß es in den Nachkriegsjahren eine große Anzahl von Strafprozessen gegen NS-Verbrecher gegeben hat, wobei selbst Todesurteile vollstreckt wurden.

Der Bundesminister  
für auswärtige Angelegenheiten:

